

QUARTALSBERICHT

Projektland: Thailand/Laos

Quartal/Jahr: II/2011

SCHLAGZEILEN

1. Thailand: Die Wahl am 03. Juli 2011 – Putschgerüchte halten sich hartnäckig
2. Laos : Konstituierung der 7. Nationalversammlung

Thailand: Die Wahl am 03. Juli 2011 – Putschgerüchte halten sich hartnäckig

In Thailand werden der Schwester des im Exil weilenden Ex-Premierministers Thaksin Shinawatra beste Chancen eingeräumt, als Siegerin aus den Wahlen am 03. Juli 2011 hervorzugehen.

Yingluck Shinawatras Symphatiewerte stiegen kontinuierlich an. Die „Nummer 1“ der Phue Thai Party (PT) für das Premierministeramt führte ihre Wahlkampfkampagne mit hohem persönlichen Einsatz und erreichte ungleich mehr Menschen als ihr schärfster Rivale Abhisit Vejjajiva. Dem amtierenden Premierminister und Führer der Democrat Party (DP) scheint es nicht gelungen zu sein, eine Mehrheit der Wähler für sich und die DP gewonnen zu haben.

In der Zeit des Wahlkampfes zeigten sich erneut die in Thailand üblichen negativen Begleiterscheinungen bei Wahlen. Seit dem 23. Mai wurden der Wahlkommission - als Aufsichtsinstanz - insgesamt 111 Beschwerden zu Wahlkampfverstößen mit den entsprechenden Nachweisen gemeldet, wovon mehr als die Hälfte mit Verleumdungen und Einschüchterungsversuchen von Kandidaten zu tun hatte. Zusätzlich erhielt die Wahlkommission weitere 410 unbewiesene Anschuldigungen. Die Kommission erklärte, dass es sich bei den 111 Beschwerden um 51 Fälle angeblicher Verleumdung und Einschüchterung sowie um 17 Fälle im Zusammenhang mit Stimmenkauf handelt. Bei 4 Fällen gehe es um Abwerbungsversuche, bei weiteren 20 Beschwerden wird die politische Neutralität von Staatsbeamten in Frage gestellt und 19 Fälle stehen im Kontext mit unzulässigen Wahlplakaten und Wahlveranstaltungen. Diese gelte es nun zu prüfen. Sollten die Vorwürfe berechtigt sein, könnten sie zum Ausschluss von Kandidaten bei den Wahlen führen.

Abhisits Strategie, in seinem Wahlkampf insbesondere den schwelenden, zuweilen militärisch geführten Konflikt im thai-kambodschanischen Grenzgebiet um das UNESCO-Weltkulturerbe des Khmer-Tempels Preah Vihear zu instrumentalisieren, und sich auf diese Weise als Bewahrer und Hüter nationaler Interessen Thailands darzustellen, hat offensichtlich nicht viele Wähler beeindrucken können. Zudem steht eine Entscheidung in diesem Grenzstreit mit Kambodscha ohnehin noch aus. Sowohl Thailand als auch Kambodscha hoffen auf eine Urteilsfindung durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Außenminister Kasit Piromya von der DP gab der Hoffnung - einer Entscheidung zu Gunsten Thailands - am 31. Mai in Den Haag zum Ausdruck: Er glaube nicht, dass derzeit „mächtige Nationen“ auf Seiten Kambodschas stünden, so wie es 1962 der Fall war, als der Internationale Gerichtshof in seinem Urteil das umstrittene Territorium unter die Hoheit Kambodschas gestellt hatte. Als zusätzliches Zeichen der Ablehnung, der 1962 befundenen Grenzführung, verkündete die Abhisit-Administration im Juni den Austritt Thailands aus dem Weltkulturerbegründung der UNESCO.

Das anhaltende Säbelrasseln ruft auch das Militär wieder auf den Plan. Gemeldet werden eine neuerliche Verstärkung thailändischer Truppenverbände an der Grenze zu Kambodscha einhergehend mit einem Verbot ausländischer Beobachter.

Noch vor kurzem äußerte ein Wahlkommissar, dass die Wahlen im Falle von militärischen Auseinandersetzungen mit Kambodscha – auch kurzfristig - auf unbestimmte Zeit verschoben werden könnten. Der derzeitigen der DP nahe stehenden Militärführung wäre dies sicherlich nicht unrecht, sieht es doch sehr nach einem Wahlsieg von Yingluck Shinawatra und ihrer PT aus.

Putschgerüchte erhalten auch von Seite der DP zusätzlich Nahrung. Premierminister Abhisit erklärte auf einer Wahlkampfveranstaltung, dass er bereit wäre, der Armee zu befehlen, das thailändische Territorium zu verteidigen. Sein Parteifreund und Sprecher der DP, Buranaj Smutharaks, führte vor wenigen Tagen aus, dass für die DP nicht Wahlen und der Wille der Mehrheit im Mittelpunkt von Demokratie stehen würden. Vielmehr bedeuteten die Wahlen am 03. Juli eine Wahl zwischen „Mehrheitswillen“ und „Rechtsstaat“. Die DP trete unabdingbar für die Durchsetzung der Prinzipien des Rechtsstaates ein. Sobald aber der Mehrheitswille die Regeln des Rechtsstaates verletze (wie z. B. Eine Amnestie für den zu 2 Jahren Haft verurteilten Ex-Premier Thaksin), dürfe dies nicht toleriert, sondern müsse interveniert werden.

Spätestens hier wird die politische Brisanz besonders deutlich. Selbst wenn der Wahlgang am 03. Juli 2011 durchgeführt wird und reibungslos verläuft, bleiben die Fragen nach der Art und Ausprägung von Thailands innenpolitischer Zukunft völlig offen.

Laos : Konstituierung der 7. Nationalversammlung

In der Volksrepublik Laos fanden am 30.04.2011 die Wahlen zur Nationalversammlung statt.

Für die 132 Sitze bewarben sich 190 Kandidaten. Gewählt wurden 99 Männer und 33 Frauen. Dadurch erhöhte sich der Frauenanteil in der Versammlung auf 25 Prozent. Offiziell wird angegeben, dass von insgesamt 3,24 Millionen Wahlberechtigten 3,23 Millionen von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht hätten. Eine Wahlbeobachtung durch internationale Organisationen und Vertreter des diplomatischen Corps war zuvor zugelassen worden.

In früheren Zeiten wurde die Nationalversammlung von Laos als „Abnick“-Parlament für die Entscheidungen des Politbüros in dem Ein-Parteien-Staat gescholten. Obwohl die meisten Kandidaten nach wie vor handverlesen sind, hat sich die Rolle der Nationalversammlung aber zwischenzeitlich zum Positiven hin verändert. Analysten und ausländische Berater in den Gremien der Nationalversammlung stellen eine deutlich kritischere Haltung fest und sehen die Bereitschaft der Abgeordneten gestiegen, beabsichtigte Regierungsentscheidungen vor ihrer Implementierung zur Diskussion zu stellen.

Karl-Peter Schönfisch

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Bangkok, Thailand

IMPRESSUM

Erstellt: 01.07.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de